



Das unbekannte Abkommen **Vor 90 Jahren wurde in Bielefeld die Waffenruhe zum** **Ruhraufstand beschlossen – mit einem grundlegenden Fehler**

Neue Westfälische vom 12. März 2010
von Joachim Wibbing

Bielefeld. Das Thema sagt nur Spezialisten etwas. In der ostwestfälischen Metropole Bielefeld wurde vor genau 90 Jahren während der Weimarer Republik eine Waffenruhe zwischen der Roten Ruhrarmee und der Reichswehr beschlossen. Der Vertrag vom 23. und 24. März 1920 ist in die Geschichtsforschung eingegangen – als Bielefelder Abkommen. Die Tagungsstadt ist zwar klar, aber das genaue Tagungsort völlig unbekannt.



Ausbildung an der Waffe: ein kommunistischer Instrukteur zeigt beim Ruhraufstand von 1920 zahlreichen Mitgliedern der Roten Ruhrarmee, wie ein schweres Maschinengewehr bedient wird. Foto: Pädagogischer Verlag Schwann-Bargel Düsseldorf

1918 hatte Deutschland den Ersten Weltkrieg verloren, und Kaiser Wilhelm II. dankte ab. Erstmalig entstand auf deutschem Boden ein demokratisches Staatswesen: die Weimarer Republik. Doch die Republik war weder beliebt, noch akzeptiert. Von Anfang an wurde sie angefeindet, von links und rechts. Am 13. März 1920 putschten rechte Kräfte um den Reichswehrgeneral Walther von Lüttwitz und machten den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp zum Reichskanzler.

Im Zuge des Kapp-Putsches floh das Reichskabinett zunächst nach Dresden und dann nach Stuttgart. Arbeiter und Angestellte organisierten einen Generalstreik. Die Putschregierung brach nach fünf Tagen zusammen.

Nachdem die ordentlich gewählte Reichsregierung wieder die Geschäfte übernommen hatte, versuchten die Arbeiter im Ruhrgebiet weitergehende Forderungen nach Sozialisierung und Enteignung der Schwerindustrien durchzusetzen und den Generalstreik in eine zweite Revolution umzuwandeln. Der Ruhraufstand nahm seinen Anfang. Der Aufstand ist nicht zu verwechseln mit dem Ruhrkampf von 1923 gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Franzosen und Belgier.

Beteiligten sich zunächst rund 350.000 Arbeiter am Streik, standen bald ungefähr 50.000 Arbeiter unter Waffen. Ihr Hass galt den Industriearbeitern, aber auch den örtlichen Repräsentanten, wie den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern sowie den Orten der Repression, den Gefängnissen.

Besonders verhasst waren jedoch die Reichswehrtruppen und die Freikorps, die sich ihrerseits die blutige Niederschlagung der Aufstandsbewegung auf die Fahnen geschrieben hatten. Die Ruhrarbeiter waren keineswegs einheitlich organisiert, vielmehr gab es in der Streikbewegung Mehrheits- und Unabhängige Sozialisten, Kommunisten und Ultralinke, die sogenannten Syndikalisten. Auch aus den christlichen Gewerkschaften beteiligten sich Arbeiter.



Carl Severing, von der Reichsregierung als Staatskommissar für das Ruhrgebiet eingesetzt, sah das Dilemma sehr deutlich. Nach dem langen trostlosen Dasein der Arbeiter im Kaiserreich – er verglich es mit dem „Sklaventum“ – forderten sie nun bessere Lebensperspektiven und die konnten nach ihrer Auffassung nur durch einen Linksruck geschaffen werden.

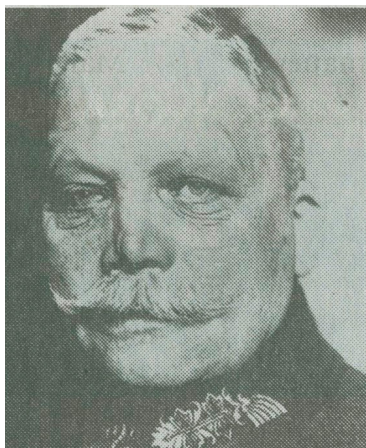
Mit dem Aufstand begehrten die Arbeiter aber gleichzeitig gegen die nun wieder funktionierende Reichsregierung auf. Die Situation im Ruhrgebiet wurde durch den Umstand verschlimmert, dass die Niederländer schon zu Beginn des Generalstreiks ihre Nahrungsmittellieferungen zur Versorgung der Bevölkerung eingestellt hatten und diese nun, als eine linke Revolution drohte, nicht wieder aufnehmen wollten. Die Lage drohte zu eskalieren.

Severings Hauptstoßrichtung war es, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben, die gemäßigteren Kräfte zu gewinnen und die Extremisten zu isolieren. Den ultralinken Forderungen sollte nicht nachgegeben werden.

Deshalb beraumte er am 23. und 24. März 1920 eine Konferenz mit gut 150 Vertretern der beteiligten Gruppierungen, Vollzugsräten der Arbeiterschaft, Regierungspräsidenten, Parteienvertretern und Gewerkschaftern, in der Stadt am Teutoburger Wald an, auf der das Bielefelder Abkommen beschlossen wurde.

Das Ziel war eine Waffenruhe zwischen der Roten Ruhrarmee und der Reichswehr sowie eine begrenzte Amnestie für begangene Gewaltakte. Severing, in Herford geboren, kannte Bielefeld gut, denn hier arbeitete er als Schriftführer des Metallarbeiterverbandes, schrieb lange Jahre als führender Redakteur für die Stimme der örtlichen Arbeiterbewegung, die Volkswacht (eine Vorgängerin der NW), und wurde 1907 schließlich in der sogenannten „Hottentottenwahl“ überraschend zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Bielefeld war als neutraler Ort gut geeignet und von allen Beteiligten schnell zu erreichen.

Das Bielefelder Abkommen hatte allerdings einen grundlegenden Geburtsfehler. Vertreter von Reichswehr und Freikorps waren nicht geladen worden und nahmen an der Konferenz gar nicht teil.



Diese Gruppierungen fühlten sich an die Bestimmungen der Waffenruhe nicht gebunden. So hatte Severings Gegenspieler, General Oskar Freiherr von Watter völlige Interpretationsfreiheit. Die Ultralinke kümmerte sich ohnehin nicht um das Abkommen, und die Reichswehr schob Forderungen zur Entwaffnung nach. Im April 1920 steigerte sich der Ruhraufstand fast bis zum Bürgerkrieg mit Hunderten von Toten auf Seiten der Arbeiter und der Reichswehr.

Sein Agieren bei dem Abkommen brachte Severing von kommunistischer Seite später den Vorwurf des Verrats an den Arbeitern ein. Diese Auffassung wird von heutigen Historikern nicht mehr geteilt.

Verständnis für Aufständische

■ Das Buch von Carl Severing ließe sich als reiner Rechenschaftsbericht auffassen. Er beschreibt die Ereignisse und Verhandlungen zwischen November 1918 und dem April 1920 im Ruhrgebiet. Doch er schafft Verständnis für die Aufständischen. Sie, die oft schon im Kaiserreich unter den Einschüchterungen der Zechenbesitzer und Industriebarone leiden mussten, vergleicht er mit modernen Sklaven. Dass sie nun nach dem Zusammenbruch des alten Reiches auf Besserung ihrer harten Lebensumstände hofften, ist nur zu verständlich. Dies schien allein durch Sozialisierung möglich.

Doch Severing vertritt die Staatsgewalt, die den „Hochverrat“ der Aufständischen beantworten muss. Nicht zu hart „dreinschlagen“ war seine Devise. Auch zur Darlegung dieses Standpunktes ist das Buch geschrieben. Severing war bis 1926 preußischer Innenminis-



Anspielung: Wetter (Ruhr), Wetter und General Watter. Das Bild stammt von dem Bielefelder Karl Löwe: Nachdenklich blickt ein Arbeiter aufs Wetter im Ruhrgebiet und entgleiste Lokomotiven.

ter und ab 1928 Reichsinnenministers inne. Das Buch entstand 1927 und wurde in der Buchhandlung der Bielefelder SPD-Zeitung „Volkswacht“ verlegt. (wib)

Joachim Wibbing (53) ist Diplomarchivar, studierte Geschichte und Latein, ist ausgewiesener Lokalhistoriker und arbeitet im Archiv der Stadtwerke.

© 2010 Neue Westfälische